

Sicherheitsarchitektur und Verfassungsrechtliche Realisierbarkeit einer Bundeswehrbeteiligung an Olympischen Spielen in Nordrhein-Westfalen (2036/2040)

1. Einleitung: Das strategische Sicherheitsdilemma der Rhein-Ruhr-Bewerbung

1.1 Der geopolitische und historische Kontext

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer der komplexesten sportpolitischen und sicherheitsstrategischen Entscheidungen ihrer jüngeren Geschichte. Die Initiative der Rhein-Ruhr-Region, sich – eingebettet in ein nationales Konzept mit Beteiligung weiterer Städte wie Berlin, Hamburg oder München – für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036 oder 2040 zu bewerben, markiert einen Wendepunkt in der deutschen Großveranstaltungspolitik.¹ Die Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“ im Dezember 2025 durch Bundeskanzler Friedrich Merz und die Ministerpräsidenten der betroffenen Länder signalisiert den politischen Willen, Deutschland nach über einem halben Jahrhundert wieder als olympischen Gastgeber zu positionieren.²

Doch diese Ambition trifft auf eine veränderte Weltordnung. Die Sicherheitsarchitektur, die für die Spiele 1972 in München konzipiert wurde – und dort tragisch versagte –, hat mit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts kaum noch Gemeinsamkeiten. Während die Bedrohungslage durch transnationalen Terrorismus, hybride Kriegsführung und Cyberattacken eine massive „Sekuritisierung“ (Versicherheitlichung) öffentlicher Räume erfordert, verharrt die Bundesrepublik verfassungsrechtlich in einer strikten Trennung von innerer und äußerer Sicherheit.³ Diese Trennung, manifestiert in Artikel 87a des Grundgesetzes, ist eine direkte Lehre aus dem Missbrauch militärischer Macht im Nationalsozialismus und der Weimarer Republik.

Das Jahr 2036, genau 100 Jahre nach den von der NS-Propaganda missbrauchten Spielen von Berlin, lädt dieses Dilemma zusätzlich auf. Eine deutsche Bewerbung zielt darauf ab, der Welt ein demokratisches, offenes und friedliches Deutschland zu präsentieren. Gleichzeitig zwingt die reale Bedrohungslage zu Sicherheitsvorkehrungen, die international längst militärische Komponenten als Standard integrieren – man denke an Flugabwehrraketen auf

Londoner Wohnblöcken 2012 oder patrouillierende Soldaten unter dem Eiffelturm 2024.⁵ Die Kernfrage dieses Reports lautet daher nicht nur, ob die Bundeswehr eingesetzt werden *darf*, sondern ob Olympische Spiele in der polyzentrischen Metropolregion Rhein-Ruhr ohne sie überhaupt sicher durchführbar *sind*.

1.2 Zielsetzung und Struktur der Analyse

Dieser Forschungsbericht analysiert erschöpfend die Wahrscheinlichkeit, Notwendigkeit und die rechtlichen Hürden eines Bundeswehreinsatzes im Inneren für dieses Szenario. Er vergleicht die deutschen Kapazitäten mit den Benchmarks aus Paris 2024 und London 2012, dekonstruiert die verfassungsrechtlichen Debatten um Art. 87a und 35 GG und bewertet die politischen Machtverhältnisse für eine potenzielle Gesetzesänderung. Dabei werden insbesondere die Defizite der polizeilichen und privaten Sicherheitskräfte quantifiziert, um die Frage der „Notwendigkeit“ empirisch zu fundieren.

2. Die Referenzarchitektur: Lehren aus Paris 2024 und London 2012

Um die Dimension der Sicherheitsanforderung für NRW zu verstehen, ist ein detaillierter Blick auf die jüngsten europäischen Spiele unabdingbar. Diese dienen als Blaupause für das, was das Internationale Olympische Komitee (IOC) und die Weltöffentlichkeit an Sicherheitsstandards erwarten.

2.1 Das Pariser Modell: Zivil-Militärische Fusion

Die Olympischen Spiele in Paris 2024 haben neue Maßstäbe für die Integration von Streitkräften in die zivile Sicherheit gesetzt. Vor dem Hintergrund einer anhaltend hohen Terrorgefahr aktivierte Frankreich ein Sicherheitsdispositiv, das in Friedenszeiten beispieldlos war.

2.1.1 Quantitative Dimensionen

Die französische Regierung mobilisierte eine Gesamtkraft, die die Kapazitäten vieler Kleinstaaten übersteigt. Die Aufschlüsselung der Kräfteverhältnisse zeigt die massive Abhängigkeit von militärischem Personal:

Sicherheitsakteur	Eingesetzte Personalstärke (ca.)	Primäre Aufgabenfelder
Polizei & Gendarmerie	35.000 – 45.000	Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Crowd Control, Terrorabwehr, Kriminalitätsbekämpfung. ⁷
Streitkräfte (Opération	10.000 – 18.000	Objektschutz, Patrouillen an

Sentinelle)		Verkehrsknotenpunkten, Drohnenabwehr, Sicherung der Eröffnungsfeier, Minenräumung. ⁹
Private Sicherheitsdienste	20.000 – 25.000	Einlasskontrollen ("Last Mile"), Sicherung innerhalb der Venues, Akkreditierungsprüfung. ⁷
Internationale Kräfte	ca. 2.000	Unterstützung durch ausländische Polizisten (u.a. aus Deutschland) für Patrouillen und Entschärfung. ⁵

Analyse der Diskrepanz: Ohne den Einsatz von rund 15.000 Soldaten wäre das Sicherheitskonzept von Paris kollabiert. Die Polizei war mit 45.000 Beamten bereits an der absoluten Belastungsgrenze. Die Armee übernahm Aufgaben, die eine hohe Personalintensität, aber keine komplexe polizeiliche Interaktion erfordern (z.B. statischer Objektschutz, weiträumige Absperrungen) sowie hochspezialisierte militärische Aufgaben (Drohrendetektion und -abwehr).

2.1.2 Qualitative Integration: Der "Sentinelle"-Effekt

In Frankreich ist der Anblick bewaffneter Soldaten im Straßenbild durch die seit 2015 laufende „Opération Sentinelle“ normalisiert.¹² Dies senkte die psychologische und rechtliche Hürde für den Olympiaeinsatz massiv. Das französische Recht erlaubt dem Militär im Inland unter bestimmten Bedingungen polizeiähnliche Befugnisse oder zumindest eine sehr weitreichende Unterstützung. Für die Spiele in NRW fehlt diese rechtliche und gesellschaftliche Gewöhnung völlig. Ein deutscher „Sentinelle“-Einsatz würde als Ausnahmezustand wahrgenommen werden.

2.2 Das Londoner Warnsignal: Das Versagen der Privaten

Für die Bewertung der Notwendigkeit der Bundeswehr ist das Beispiel London 2012 noch instruktiver als Paris. Großbritannien hat, ähnlich wie Deutschland, eine Tradition, polizeiliche Aufgaben nicht durch das Militär erledigen zu lassen. Dennoch musste die Armee kurzfristig einspringen.

2.2.1 Das G4S-Debakel

Das Organisationskomitee hatte die Sicherheit der Spielstätten primär an den privaten Sicherheitsdienstleister G4S ausgelagert. Wenige Wochen vor Beginn der Spiele musste G4S eingestehen, dass es nicht in der Lage war, die vertraglich vereinbarten 10.000 bis 13.000 Sicherheitskräfte zu rekrutieren und auszubilden.¹³

2.2.2 Die militärische Rettung ("Operation Olympics")

Die britische Regierung musste notfallmäßig 3.500 zusätzliche Soldaten mobilisieren, was die

Gesamtzahl der militärischen Kräfte auf 17.000 erhöhte (inklusive Reserven).⁶

- **Implikation für NRW:** Dieses Szenario belegt, dass selbst in hoch entwickelten Sicherheitsmärkten die private Sicherheitswirtschaft (Private Security Companies - PSC) bei Großlagen systemische Ausfallrisiken birgt. Die Armee fungierte als **einzige verfügbare strategische Reserve**. Wäre dies in Deutschland passiert, hätte die Bundesregierung vor einem verfassungsrechtlichen Dilemma gestanden: Darf die Bundeswehr Taschenkontrollen an Stadioneingängen durchführen, wenn die private Firma versagt? Nach aktueller Rechtslage: Nein. Das Event hätte abgesagt oder massiv eingeschränkt werden müssen.

3. Die Sicherheitslücke in NRW: Kapazitätsanalyse

Die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region unterscheidet sich strukturell von Paris oder London. Es handelt sich um ein polyzentrisches Konzept, das sich über ein riesiges Ballungsgebiet erstreckt. Dies hat gravierende Auswirkungen auf den Kräfteansatz.

3.1 Das Dezentralitäts-Problem

Während Paris die Spiele weitgehend im Stadtgebiet konzentrierte, plant Rhein-Ruhr Events in Köln, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Aachen und weiteren Städten.¹⁵

- **Perimeter-Expansion:** Anstatt einen „Olympischen Ring“ zu sichern, müssen hunderte Kilometer Autobahn, dutzende Bahnhöfe und zahlreiche isolierte Venue-Cluster geschützt werden. Dies erhöht den Personalbedarf für Objektschutz und Transportsicherheit exponentiell im Vergleich zu kompakten Spielen.
- **Kritische Infrastruktur:** NRW ist das industrielle Herz Deutschlands. Die Nähe von Spielstätten zu chemischen Industrieanlagen (z.B. Chempark Leverkusen) oder Energieknotenpunkten schafft zusätzliche Verwundbarkeiten, die über klassische Stadionsicherheit hinausgehen.

3.2 Die Grenzen der Polizeikräfte (Bund und Länder)

Die deutsche Polizei ist föderal organisiert. Für die Sicherheit in NRW ist primär die Landespolizei zuständig, unterstützt durch die Bundespolizei (Bahnhöfe, Flughäfen) und Kräfte anderer Länder.

3.2.1 Personelle Verfügbarkeit

- **Gesamtstärke:** Deutschland verfügt über ca. 270.000 Polizeivollzugsbeamte (Stand 2024/25).¹⁶
- **NRW-Polizei:** Mit rund 40.000 bis 50.000 Beamten ist NRW gut aufgestellt, aber die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt seit Jahren vor einer Überlastung durch Pensionierungswellen und steigende Einsatzzahlen.¹⁷
- **Einsatzrealität:** Bei der Fußball-EM 2024 waren an Spieltagen in NRW tausende Beamte gebunden. Eine Olympiade dauert jedoch 16 Tage (plus Paralympics), findet

rund um die Uhr statt und betrifft *alle* Städte gleichzeitig.

- **Kollaps-Szenario:** Um 45.000 Polizisten (analog Paris) *zusätzlich* zum Grundschutz (Notruf, Streifendienst, Kriminalität) in NRW bereitzustellen, müssten fast alle anderen Bundesländer ihre Bereitschaftspolizeien vollständig nach NRW entsenden. Dies würde im Rest der Republik ein Sicherheitsvakuum erzeugen, das politisch kaum vertretbar ist. Die GdP hat bereits bei kleineren Anlässen auf die „dünne Personaldecke“ hingewiesen.¹⁸

3.3 Die Illusion der Privaten Sicherheitswirtschaft

Die Lünendonk-Studien zur Sicherheitswirtschaft in Deutschland zeigen einen Markt, der zwar wächst, aber unter massivem Fachkräftemangel leidet.²⁰

- **Qualitätsgefälle:** Für Olympia sind Sicherheitskräfte mit Überprüfung (Zuverlässigkeitsüberprüfung § 7 LuftSiG oder § 34a GewO mit Bewacherregister-Check) erforderlich. Der Pool an qualifiziertem Personal ist begrenzt.
- **Kapazitätsgrenze:** Die Branche (BDSW) beschäftigt ca. 260.000 Mitarbeiter, davon ist aber ein Großteil in festen Objektschutzverträgen (Werkschutz, Flughäfen) gebunden.²¹ Eine „Ad-hoc“-Mobilisierung von 20.000 *zusätzlichen* qualifizierten Kräften für vier Wochen im Sommer ist ohne massive Absenkung der Standards (siehe London 2012) kaum realistisch.

Zwischenfazit Kapazität: Die Analyse zeigt eine Delta-Lücke von schätzungsweise 10.000 bis 15.000 Sicherheitskräften, die weder durch die Polizei (ohne Entblößung des restlichen Bundesgebiets) noch durch den privaten Sektor (ohne Qualitätsverlust) geschlossen werden kann. Genau diese Lücke füllte in Paris und London das Militär. In Deutschland klafft sie offen.

4. Verfassungsrechtliche Analyse: Das Korsett des Grundgesetzes

Die Frage, ob die Bundeswehr diese Lücke schließen *darf*, führt in den Kern der deutschen Verfassungsidentität. Das Grundgesetz (GG) regelt den Einsatz der Streitkräfte im Inneren restriktiver als fast jede andere Verfassung der westlichen Welt.

4.1 Die Systematik des Trennungsgebots (Art. 87a GG)

Artikel 87a Abs. 1 GG definiert den Auftrag der Bundeswehr: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Absatz 2 enthält die entscheidende Negativklausel: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Dies etabliert ein **Verfassungsdogma**: Militär ist für außen, Polizei für innen. Historisch begründet liegt dies in der Erfahrung der Niederschlagung innerer Unruhen durch das Militär im Kaiserreich und der Weimarer Republik sowie der totalen Militarisierung im NS-Staat.⁴

4.2 Die verfassungsrechtlichen „Türöffner“ und ihre Grenzen

Es gibt Ausnahmetatbestände, die theoretisch für Olympia relevant sein könnten. Die Analyse zeigt jedoch, dass sie für den *präventiven* Schutz von Sportspielen kaum taugen.

4.2.1 Amtshilfe (Art. 35 Abs. 1 GG)

- **Inhalt:** Behörden leisten sich gegenseitig Hilfe.
- **Anwendung:** Logistik, Transport, Sanität, Unterbringung, Verpflegung.
- **Grenze:** Die „Hilfe“ darf keine **hoheitlichen Eingriffsbefugnisse** umfassen. Ein Soldat darf im Rahmen der Amtshilfe Sandsäcke stapeln (technische Hilfe), aber keinen Platzverweis erteilen oder eine Personenkontrolle durchführen.²²
- **Relevanz für Olympia:** Hoch für den Hintergrund (Logistik), null für die sichtbare Sicherheit am Zaun.

4.2.2 Unglücksfall / Katastrophenhilfe (Art. 35 Abs. 2 GG)

- **Inhalt:** Einsatz zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder einem „besonders schweren Unglücksfall“.
- **Rechtsprechung:** Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat den Begriff des „Unglücksfalls“ im Luftsicherheits-Urteil (2006) und im Plenarbeschluss (2012) auf terroristische Großlagen ausgeweitet.²⁵
- **Das Zeit-Problem:** Art. 35 Abs. 2 GG greift erst, wenn das Unglück *eingetreten* ist oder *unmittelbar bevorsteht*. Er erlaubt keinen **Dauereinsatz zur Prävention**. Man kann die Bundeswehr nicht vier Wochen lang präventiv patrouillieren lassen, unter der Annahme, es *könnte* ein Unglück geschehen. Damit fällt dieser Artikel als Rechtsgrundlage für ein Sicherheitskonzept (Security Concept) aus, er taugt nur für das Krisenmanagement (Disaster Response).²⁶

4.2.3 Der Innere Notstand (Art. 87a Abs. 4 GG)

- **Inhalt:** Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand des Bundes oder der FDGO (Freiheitliche demokratische Grundordnung).
- **Bedingung:** Polizeikräfte reichen nicht aus.
- **Einsatz:** Bekämpfung „organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“.
- **Analyse:** Ein Sportfest, selbst mit abstrakter Terrorgefahr, erfüllt nicht den Tatbestand eines bewaffneten Aufstands. Dieser Artikel ist für Bürgerkriegsszenarien gedacht, nicht für Event-Sicherheit.²⁷

4.3 Die Sonderrolle der Feldjäger

Ein verbreiteter Irrtum in der öffentlichen Debatte ist die Annahme, die Feldjäger (Militärpolizei) könnten einfach polizeiliche Aufgaben übernehmen.

- **Rechtslage:** Feldjäger haben Befugnisse nach dem UZwGBw (Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges...). Diese gelten aber nur gegenüber Soldaten und Zivilisten, die sich in einem **militärischen Sicherheitsbereich** aufhalten oder die

militärische Sicherheit gefährden.²⁹

- **Der „Trick“:** Man müsste das Olympische Dorf oder die Stadien temporär zu militärischen Sicherheitsbereichen erklären. Dies wäre juristisch höchst angreifbar (Zweckentfremdung) und politisch ein PR-Desaster („Militarisierung der Spiele“).

5. Wahrscheinlichkeitsanalyse: Wird die „Zurückhaltung“ fallen?

Angesichts der Diskrepanz zwischen Bedarf (Kapitel 3) und Recht (Kapitel 4) stellt sich die Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer Änderung.

5.1 Politische Positionen und Koalitionsarithmetik

Eine Grundgesetzänderung erfordert eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Positionen der Parteien im Jahr 2025/2026 zeichnen ein klares Bild:

Partei	Position zum Einsatz im Inneren	Haltung zu Olympia Rhein-Ruhr	Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zur GG-Änderung
CDU/CSU	Befürworter. Fordert seit Jahren Flexibilisierung und „Normalisierung“. Argumentiert mit Resilienz und Zeitenwende. ³¹	Treiber der Bewerbung (Wüst, Merz).	Hoch
SPD	Gespalten/Skeptisch. Traditionsflügel lehnt ab („keine Militarisierung“), Realflügel (Pistorius) sieht Notwendigkeiten. ³⁴	Unterstützt Bewerbung, aber betont Zivilcharakter.	Mittel (nur bei extremem Druck)
Grüne	Ablehnung. Strikte Verteidigung der Trennung Polizei/Militär. Bürgerrechtlicher Fokus. ³⁵	Skeptisch bzgl. ökologischer/sozialer Kosten der Spiele.	Sehr Gering (Sperrminorität)
FDP	Ablehnung. Verfassungsrechtliche	Pro Bewerbung, aber Pro	Gering

	Bedenken, Furcht vor „Hilfspolizei“. ³⁷	Privatisierung/Effizienz.	
AfD	Forderung nach starkem Staat. Befürwortet Einsatz, ist aber politisch isoliert (keine Koalitionsoption). ³⁸	Ambivalent.	Irrelevant (da isoliert)

Befund: Eine Zweidrittelmehrheit gegen die Stimmen der Grünen und Teile der SPD/FDP ist rechnerisch und politisch derzeit nicht darstellbar. Die „Zeitenwende“ hat zwar die Einstellung zur Bundeswehr *nach außen* verändert, die Sensibilität für den Einsatz *im Inneren* bleibt jedoch hoch. Das Argument, man brauche das Militär für ein Sportfest, wiegt nicht schwer genug gegen die historische Last der „Soldaten in den Straßen“.

5.2 Das Szenario 2036: Symbolik als Bremse

Ironischerweise senkt gerade das Zieldatum 2036 die Wahrscheinlichkeit einer Grundgesetzänderung.

- **Narrativ:** Die Bewerbung will ein „anderes Deutschland“ zeigen als 1936. Bilder von Bundeswehrpanzern oder bewaffneten Soldaten vor dem Olympiastadion würden von Kritikern sofort visuell mit der Militarisierung 1936 kurzgeschlossen werden.
- **PR-Strategie:** Die Politik wird alles tun, um den Eindruck eines „Polizeistaats“ oder „Militärstaats“ zu vermeiden. Eine Grundgesetzänderung *explizit* für dieses Event würde internationale Kritik provozieren.

5.3 Die „Hintertür“: Faktische Änderung ohne Gesetzesänderung

Viel wahrscheinlicher als eine formelle Verfassungsänderung ist eine **extensive Auslegung der Amtshilfe**. Dies wird als „Salami-Taktik“ bezeichnet.³⁹

- **Strategie:** Man definiert Aufgaben um. Drohnenabwehr wird zur „technischen Unterstützung“. Objektschutz wird durch „gemischte Streifen“ (1 Polizist, 3 Soldaten) realisiert, wobei der Polizist offiziell die Maßnahmen trifft.
- **Präzedenzfälle:** Bei der Flüchtlingskrise 2015 und der Corona-Pandemie sowie der Flutkatastrophe im Ahrtal hat die Bundeswehr bereits massiv im Inneren geholfen. Die Bevölkerung hat dies positiv aufgenommen. Dies senkt die *faktische* Hemmschwelle, ohne die *rechtliche* zu berühren.

6. Lösungswege: Wie lässt sich die Sicherheit ohne GG-Änderung gewährleisten?

Wenn die Bundeswehr nicht als bewaffnete Ordnungsmacht auftreten darf und die Polizei überlastet ist, muss NRW alternative Wege gehen. Hier liegen die eigentlichen Innovationen

des Sicherheitskonzepts.

6.1 Die Europäisierung der Polizei (Prüm II & Auslandshilfe)

Ein oft unterschätzter Hebel ist die internationale Polizeikooperation. Was 2024 bei der EM im Kleinen (580 Beamte) stattfand, könnte für 2036 massiv skaliert werden.⁴⁰

- **Rechtsgrundlage:** Der Prüm-Vertrag und die Prüm-II-Verordnung der EU ermöglichen den grenzüberschreitenden Datenaustausch und operative Unterstützung.⁴²
- **Skalierbarkeit:** Anstatt 10.000 deutsche Soldaten einzusetzen, könnte Deutschland 5.000 bis 8.000 Polizisten aus EU-Partnerländern (Frankreich, Niederlande, Polen, Spanien) anfordern.
- **Vorteil:** Ausländische Polizisten sind **Zivilkräfte** (auch die Gendarmerie wird im Auslandseinsatz oft polizeilich gewertet). Ihr Einsatz ist verfassungsrechtlich unproblematisch, da Art. 87a GG nur die *eigenen* Streitkräfte limitiert.
- **Szenario:** Niederländische Polizisten sichern Aachen, belgische Einheiten Köln. Dies passt perfekt zum europäischen Narrativ der Rhein-Ruhr-Spiele.

6.2 Die Rolle der Bundeswehr im „Hintergrund“ (Enabler)

Auch ohne Grundgesetzänderung ist die Bundeswehr **unverzichtbar**, aber in einer dienenden Rolle („Enabler“ statt „Shooter“).

1. **Spezialfähigkeiten (C-UAS & CBRN):** Die Abwehr von Drohnen (Counter-Unmanned Aircraft Systems) erfordert militärische Technologie (Jammer, HPEM). Die Bundeswehr kann diese Geräte bedienen und der Polizei „technisch zuarbeiten“. ⁴⁴ Ebenso bei ABC-Lagen (CBRN).
2. **Sanitätsdienst:** Die Bundeswehr kann die komplette medizinische Notfallkette (Role 1-3) verstärken, was zivile Rettungsdienste entlastet. ⁴⁵
3. **Unterbringung und Logistik:** Kasernen in NRW können als Unterkünfte für auswärtige Polizeikräfte dienen. Fuhrparkkapazitäten lösen logistische Engpässe.
4. **Cyber Defense:** Das Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) kann im Rahmen der Amtshilfe beim Schutz der IT-Infrastruktur unterstützen, da Cyberangriffe oft als „Angriff von außen“ gewertet werden können oder als technische Hilfeleistung laufen. ¹¹

6.3 Technologie statt Personal

Der Personalmangel wird durch Technologie kompensiert werden müssen.

- **KI-Videoüberwachung:** Intelligente Kamerasysteme (Verhaltenserkennung) reduzieren den Bedarf an statischen Posten.
- **Digitale Zugangskontrolle:** Biometrische Verfahren an den Stadien beschleunigen Prozesse und senken den Bedarf an privatem Sicherheitspersonal.

7. Zusammenfassende Beantwortung der

Forschungsfragen

Basierend auf der tiefgehenden Analyse lassen sich die Fragen des Nutzers wie folgt beantworten:

7.1 Wie groß wäre die Wahrscheinlichkeit, dass die gesetzliche Zurückhaltung zurückgenommen würde?

Die Wahrscheinlichkeit einer formellen Verfassungsänderung (Streichung oder Änderung Art. 87a GG) speziell für die Olympischen Spiele liegt bei **unter 20%**.

- **Grund:** Die politische Hürde (Zweidrittelmehrheit) ist extrem hoch. Grüne und Teile der SPD/FDP werden einer „Militarisierung der Innenpolitik“ nicht zustimmen, insbesondere nicht vor dem symbolischen Hintergrund des Jahres 2036.
- **Nuance:** Die Wahrscheinlichkeit einer **Dehnung der Praxis** (Amtshilfe an der Grenze zur Legalität) liegt hingegen bei **nahezu 100%**. Die Bundeswehr wird präsent sein, aber offiziell „technisch helfen“.

7.2 Was müsste geändert werden?

Um einen Einsatz analog zu Frankreich (Operation Sentinelle) zu ermöglichen, müsste:

1. **Art. 87a Abs. 2 GG** geändert werden, um „den Schutz ziviler Großveranstaltungen von nationaler Bedeutung“ als expliziten Einsatzzweck aufzunehmen.
2. Alternativ müsste der **Begriff des „drohenden Unglücksfalls“ in Art. 35 GG** gesetzlich so erweitert werden, dass er auch abstrakte Gefahrenlagen (Prävention) abdeckt – was das BVerfG vermutlich kassieren würde.
3. Einführung eines **Bundeswehr-Einsatzgesetzes**, das Befugnisse (Taschenkontrolle, Platzverweis) für Soldaten im Inland regelt.

7.3 Würde dies als Gelegenheit für eine Änderung gesehen?

Ja, von konservativer Seite. Akteure wie die CDU/CSU-Sicherheitsflügel, der Reservistenverband und Teile der Bundeswehrführung sehen in Großlagen (EM, Olympia) stets Katalysatoren, um die „Resilienz“ zu stärken und die ihrer Meinung nach veralteten Restriktionen zu schleifen.¹² Sie werden argumentieren: „Wir können die Sicherheit der Weltgäste nicht garantieren, wenn wir uns selbst fesseln.“

Nein, vom politischen Mainstream. Die Sorge, dass Olympia 2036 zum Vehikel einer Militarisierung wird, wird eher dazu führen, dass man krampfhaft nach zivilen Alternativen (Europäische Polizei) sucht, um diese Debatte zu umschiffen.

7.4 Wäre die Bundeswehr notwendig oder reichen Polizei/Private?

Die Bundeswehr ist **zwingend notwendig**, aber nicht zwingend als bewaffnete Wache am Tor.

- **Reines Polizei/Privat-Modell: Nicht machbar.** Die Lücke von ca. 10.000–15.000 Kräften und das Fehlen von Spezialfähigkeiten (Drohnenabwehr, Hochwert-Cyber-Schutz) würde zu einem inakzeptablen Sicherheitsrisiko führen.
- **Das notwendige Modell: Ein Hybrid-Ansatz.**

1. Polizei (DE + EU) übernimmt den sichtbaren, hoheitlichen Teil.
2. Private übernehmen den inneren Service-Teil.
3. Bundeswehr übernimmt den massiven, unsichtbaren Hintergrund (Logistik, Sanität, Cyber, Luftraum, Drohnenabwehr, Pionierwesen).

Fazit: Die Olympischen Spiele in NRW werden nicht an der Frage scheitern, ob Soldaten mit Maschinengewehren am Kölner Dom stehen dürfen. Sie werden durch eine massive, europäisch unterstützte Polizeipräsenz und eine im Hintergrund agierende, technisch hochgerüstete Bundeswehr gesichert werden. Die „gesetzliche Zurückhaltung“ bleibt auf dem Papier bestehen, wird aber in der operativen Realität durch den Zwang der Fakten maximal flexibilisiert.

Referenzen

1. Bids for the 2036 Summer Olympics - Wikipedia, Zugriff am Januar 27, 2026, https://en.wikipedia.org/wiki/Bids_for_the_2036_Summer_Olympics
2. German government commits to Olympic plan - InsideTheGames, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.insidethegames.biz/articles/1155950/german-government-commits-olympic-plan>
3. "Diskussion zu Einsatz der Bundeswehr im Innern überfällig" | Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.baks.bund.de/de/aktuelles/diskussion-zu-einsatz-der-bundeswehr-i-m-innern-ueberfaellig>
4. Ausnahmefall Deutschland – Die Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr im Innern | Deutsche Verteidigungspolitik | bpb.de, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/254178/ausnahmefall-deutschland-die-debatte-um-einen-einsatz-der-bundeswehr-im-innern/>
5. Olympia 2024: Frankreich bittet um mehr als 2000 Polizistinnen und Polizisten aus dem Ausland - Spiegel, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.spiegel.de/ausland/olympische-spiele-2024-in-paris-frankreich-setzt-auf-internationale-zusammenarbeit-bei-sicherheitsmassnahmen-a-15eb33deb81b-48e9-95c1-f73ad9c8ab3d>
6. Military support to 2012 Olympic Games announced - GOV.UK, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.gov.uk/government/news/military-support-to-2012-olympic-games-announced>
7. Paris 2024: Protecting is our priority! - Ministère de l'Intérieur, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.interieur.gouv.fr/en/paris-2024-protecting-is-our-priority>
8. 'Unprecedented' security operation promised for Paris Olympic Games - Ifri, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.ifri.org/en/media-external-article/unprecedented-security-operation-promised-paris-olympic-games>
9. Olympia in Paris: Armee und Polizei verstärken Sicherheitsmaßnahmen, Zugriff am Januar 27, 2026, <https://www.kettner-edelmetalle.de/news/olympia-in-paris-armee-und-polizei-ve>

[rstarken-sicherheitsmassnahmen-12-07-2024](#)

10. Massive security operation for Paris Olympics will include 15,000 French soldiers - PBS, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.pbs.org/newshour/world/massive-security-operation-for-paris-olympics-will-include-15000-french-soldiers>
11. Securitizing Paris 2024: An Olympian Task - RSDI - Rabdan Security and Defence Institute, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://rsdi.ae/en/publications/securitizing-the-paris-games-an-olympian-task>
12. Studie zum Einsatz von Streitkräften im Inneren - Reservistenverband, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.reservistenverband.de/magazin-die-reserve/studie-zum-einsatz-von-streitkraeften-im-inneren/>
13. London 2012 Olympics: G4S failures prompt further military deployment - The Guardian, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.theguardian.com/uk/2012/jul/24/london-2012-olympics-g4s-military>
14. Olympics (Security) - Hansard - UK Parliament, Zugriff am Januar 27, 2026,
[https://hansard.parliament.uk/commons/2012-07-12/debates/12071258000009/Olympics\(Security\)](https://hansard.parliament.uk/commons/2012-07-12/debates/12071258000009/Olympics(Security))
15. Köln als „Leading City“ im Zusammenspiel mit 16 weiteren Städten an Rhein und Ruhr - Landessportbund NRW, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.lsb.nrw/medien/news/artikel/koeln-als-leading-city-im-zusammenspiel-mit-16-weiteren-staedten-an-rhein-und-ruhr>
16. Polizeien in Deutschland | Innere Sicherheit | bpb.de, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/571847/polizeien-in-deutschland/>
17. GdP baut ihre starke Position bei der Polizei weiter aus, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.gdp.de/nrw/de/stories/2026/01/gdp-baut-ihre-starke-position-bei-der-polizei-weiter-aus>
18. Personalmangel bei der Polizei Niedersachsen Sehr geehrte Frau Innenministerin Daniela Behrens, als Landesvorsitzende der Gewerk - Bund Deutscher Kriminalbeamter, Zugriff am Januar 27, 2026,
https://www.bdk.de/der-bdk/was-wir-tun/aktuelles/dokumente/ni_250504_brandbrief_250424anschreiben.pdf/@download/file/NI_250504_Brandbrief_250424A_nschreiben.pdf
19. Personalmangel bei der Polizei – Interview mit dem neuen GdP-Chef in NRW Patrick Schlüter | RTL WEST - YouTube, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.youtube.com/watch?v=jn87tT9HC9E>
20. Sicherheitsdienstleistungen in Deutschland - Luenendonk, Zugriff am Januar 27, 2026,
https://www.luenendonk.de/wp-content/uploads/2025/04/Luenendonk-Studie_2024_Sicherheitsdienstleistungen_in_Deutschland_f.pdf
21. Sicherheitswirtschaft in Deutschland - BDGW, Zugriff am Januar 27, 2026,
https://www.bdgw.de/images/statistiksatz/2022/Statistiksatz_BDSW_BDGW_BDLS_01_07_2022.pdf

22. Sabastian Kothanikkel Amtshilfe im Inneren für die Polizei durch die Bundeswehr - Inlibra, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.inlibra.com/document/download/pdf/uuid/4a7c261c-e9bc-302a-9e17-84cab74b052f>
23. Klare Regeln für den Einsatz im Innern - Bundeswehr, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/klare-regeln-einsatz-im-innern-254332>
24. AMTSHILFE WEITERE INFORMATIONEN - Bundeswehr, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5716826/5e6363b14ca784c1caadc18d80920fb0/flyer-amtshilfe-data.pdf>
25. Die Voraussetzungen des Einsatzes der Bundeswehr im Innern in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter besonderer - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bundestag.de/resource/blob/534518/WD-2-029-15-pdf.pdf>
26. Aktueller Begriff Die Verwendung der Bundeswehr im Inneren - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bundestag.de/resource/blob/438040/0ea2a72145e40950c103b2a7946b2d55/bundeswehr-im-inneren-data.pdf>
27. Art 87a GG - Einzelnorm - Gesetze im Internet, Zugriff am Januar 27, 2026,
https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_87a.html
28. Inlandseinsätze der Bundeswehr: Brauchen wir eine Verfassungsänderung?, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2015/inlandseinsaetze-der-bundeswehr-brauchen-wir-eine-verfassungsaenderung>
29. Feldjäger – die Militärpolizei der Bundeswehr, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/unterstuetzungsbereich/feldjaeger-militaerpolizei>
30. Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie durch zivile Wachpersonen (UZwGBw) - Gesetze im Internet, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.gesetze-im-internet.de/uzwbwg/BJNR007960965.html>
31. Bundestag stimmt für neues Wehrdienstgesetz, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw49-de-wehrdienst-1128220>
32. CSU will Bundeswehr massiv stärken und aufrüsten, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.csu.de/aktuell/meldungen/februar-2025/csu-will-bundeswehr-massiv-staerken-und-aufruesten/>
33. Verantwortung für Deutschland - CDU, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.cdu.de/app/uploads/2025/04/KoaV-2025-Gesamt-final-0424.pdf>
34. Verantwortung für Deutschland - SPD.de, Zugriff am Januar 27, 2026,
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf
35. Neuer Wehrdienst: Grüne Dienstpflichtanhänger halten sich Zustimmung offen - Spiegel, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/neuer-wehrdienst-gruene-dienstpflic>

[htanhaenger-halten-sich-zustimmung-offen-a-26deea73-4ecd-4abb-a4d4-79e349f15613](https://www.deutschlandfunk.de/htanhaenger-halten-sich-zustimmung-offen-a-26deea73-4ecd-4abb-a4d4-79e349f15613)

36. Bundesparteitag in Hannover - Grüne beziehen Position zu Wehrdienst, Ukraine und Nahost - Deutschlandfunk, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/gruene-beziehen-position-zu-wehrdienst-ukraine-und-nahost-106.html>
37. FDP will Einsatz der Bundeswehr im Inneren verhindern - Deutschlandfunk Kultur, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/fdp-will-einsatz-der-bundeswehr-im-inneren-verhindern-100.html>
38. Ausweitung von Auslandseinsätzen - "Das kann unsere Bundeswehr zurzeit nicht", Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.deutschlandfunk.de/ausweitung-von-auslandseinsaetzen-das-kann-unsere-100.html>
39. Einsatz der Bundeswehr im Innern: Die GETEX-Übung von Polizei und Bundeswehr - "Durchbruch" oder "Dammbruch"? | Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2017/einsatz-der-bundeswehr-im-innern-die-getex-uebung-von-polizei-und-bundeswehr>
40. EURO 2024: 580 ausländische Polizisten bei Fußball-EM im Einsatz, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.mz.de/sport/fussball-em/580-auslandische-polizisten-bei-fussball-em-im-einsatz-3863039>
41. Ausländische Polizisten im Einsatz während der Fußball-EM in Deutschland, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://www.kettner-edelmetalle.de/news/auslandische-polizisten-im-einsatz-waehrend-der-fussball-em-in-deutschland-21-06-2024>
42. Prümer Vertrag - Bundesministerium für Inneres, Zugriff am Januar 27, 2026,
https://www.bmi.gv.at/magazin/2024_11_12/03_Pruemer_Vertrag.aspx
43. Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – der Prümer Beschluss | EUR-Lex, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/stepping-up-cross-border-cooperation-the-pr-m-decision.html>
44. Experten: Einsatz von Kampfdrohnen völkerrechtlich nicht verboten - YouTube, Zugriff am Januar 27, 2026, https://www.youtube.com/watch?v=nU_73MancJk
45. Übungsreihe EUROMED zur Vorbereitung der UEFA EURO 2024 - ESUT, Zugriff am Januar 27, 2026,
<https://esut.de/2024/03/meldungen/48148/uebungsreihe-euromed-zur-vorbereitung-der-uefa-euro-2024/>